

MBI - Wählergemeinschaft Mülheimer Bürger Initiativen

MBI-Geschäftsstelle:
Tel. : 3899810 Fax: 3899811



Kohlenkamp 1, 45468 Mülheim
e-mail: mbi@mbi-mh.de, Internet: www.mbi-mh.de

MBI

Rück- und Ausblick von 2015 auf 2016:

Die besorgniserregende Weltlage, die barbarischen Terrorakte und nicht zuletzt die Völkerwanderung speziell nach Deutschland haben 2015 alles überlagert und in den Hintergrund gedrängt, so auch:

Mülheim 2015: MBI - erfolgreich wie nie!

Seit Okt. 99 sind die MBI bereits in Rat und Bezirksvertretungen der Stadt Mülheim vertreten. Bei den Wahlen 2004, 2009 und 2014 erhielten sie jeweils über 10% der Stimmen. In all den Jahren wurden die MBI heftig bekämpft, insbesondere seitens der SPD und OB Mühlenfeld, aber auch von den Grünen. Auch die Lokalmedien, ausschließlich WAZ-Konzern, behandelten die MBI meist stiefmütterlich, oft aber auch unfair, besonders die NRZ. Das alles hängt damit zusammen, dass die MBI immer wieder den sprichwörtlichen Mölmschen Filz anprangerten, nicht zuletzt auch die Immobilienhaie.

Ungeachtet all dessen blieben die MBI an vielen Punkten dran als konsequente Opposition gegen Misswirtschaft, Stadtzerstörung und Missachtung des Bürgerwillens. In 2015 wurden viele MBI-Forderungen umgesetzt, teilweise nach vielen Jahren des Bohrens dicker Bretter und mitunter etlicher Repressalien, weil die MBI nicht davon abzubringen waren, berechnete Anliegen von Bürgern und Bürgerinitiativen in Gremien und Medien weiter zu thematisieren, als fast alle anderen längst aufgegeben hatten.

- ◆ Wer hätte noch vor nicht zu langer Zeit geglaubt, dass z.B. das skandalträchtige Fallwerk Jost vom Rande der Wohngebiete an Hofacker- und Eltener Str. verlagert würde, wie nun endlich größtenteils geschehen.
- ◆ Wer hätte gedacht, dass auch in Mülheim Anwohnerparken möglich ist, wie nun als erstes in der Altstadt, nachdem Verwaltung und große Teile der Politik sich lange mit Händen und Füßen dagegen sträubten.
- ◆ Ähnlich unvorstellbar war es noch bis vor kurzem, dass „die Wirtschaft“ in persona Lison langjährige MBI-Forderungen nun ebenfalls vertritt wie zur überfälligen Verschmelzung der ÖPNV-Verkehrsbetriebe der einzelnen Ruhrgebietskirchtürme. Ebenso hat die „Aufsichts“behörde des RP, die bei Mülheim bzgl. der Haushaltskatastrophe bedenklich oft wegschaut, zum ÖPNV endlich MBI-Forderungen übernommen.
- ◆ Auch beim Irrsinns-Baustellenprogramm der Stadt (mit geplant gleichzeitiger Rumbachsanieierung auf Dicks-wall/Essener Str. und den Maßnahmen von Ruhrbania-Baulos 3 mit Niederlegung Hochstr. Tourainer Ring sowie Ausbau Klöttchen für 2-Ri-Verkehr) ist der RP auf MBI-Linie umgeschwenkt und hat erneut die Fördermittel für das kontraproduktive „Ruhrbania-Baulos 3“ blockiert.



Verkehrsgesellschaften vereinigen Kosten sparen Angebot verbessern  Mülheimer Bürgerinitiativen MBI wählen	Tourainer Ring: Hochstraße stehenlassen Nicht noch mehr Verkehrschaos und Verschwendung!  Mülheimer Bürgerinitiativen MBI wählen	Sanierung des Haushalts Schluss mit Ruhrbania RWE-Aktien eintauschen Ruhrstadt jetzt!  Mülheimer Bürgerinitiativen MBI wählen
---	--	--

Unabhängig davon, dass wesentliche Punkte auch der „alten“ MBI-Forderungen kurz nach der Kommunalwahl 2014 bereits hochaktuell wurden, wurden 2015 weitere MBI-Forderungen zumindest in Ansätzen erfüllt:

- ◆ Unsere VHS wurde vom Landeskonservator unter Denkmalschutz gestellt, wie von den MBI in 2014 beantragt. Damit sind auch Abriss und Grundstücksverkauf deutlich erschwert worden.
- ◆ Das Parken auf Teilen des Rathausmarkts bleibt weiter möglich, das Gesundheitshaus wird nicht auch noch Ruhrbania geopfert, der B-Plan „Ruhrbania-Ruhrpromenade“ wird dafür geändert, wenn auch nur scheinbarweise und auch für das Kaufhof-Areal, das Depot in Speldorf wird demnächst als Rewe-Markt wiederbelebt, die Kulturbar Sol neben dem Theater bleibt doch erhalten, der Gleichstellungsblödsinn von SPD+Grünen auf allen Anträgen, Vorlagen usw. wurde auf MBI-Antrag hin gestrichen

Es gab 2015 leider auch viele Fehlentwicklungen in der Krisenstadt a.d. Ruhr, siehe folgende Seiten

Eurokrisen am Fließband, Flüchtlingskrise und dabei die Isolierung Deutschlands, das Erstarren nationalistischer und separatistischer Bestrebungen in immer mehr Ländern der EU haben diese in bedrohliche Auflösungsgefahr gebracht, was sich 2016 zu verschärfen droht mit dem britischen Referendum, mit anhaltender Völkerwanderung und heraufziehender Wirtschaftskrise in ganz Europa, bedingt u.a. durch das Abkühlen der Wirtschaft in China und einer aggressiveren US-Wirtschaftspolitik, sogar noch bevor ein wirtschaftsradikaler D. Trump den insgesamt gescheiterten sozial-liberalen Obama ablösen könnte.

Das wohl größte Problem in Europa, Deutschland und auch in Mülheim ist aber der bedenkliche Niedergang von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Meinungsvielfalt auf breiter Front.

Bei großen Firmen und Institutionen, ob Siemens, Thyssen-Krupp, Deutsche Bank, VW, usw. bis hin zur FIFA kamen Betrug, Korruption und Gesetzesbrüche gigantischen Ausmaßes ans Tageslicht. Auch in öffentlichen Behörden und Betrieben haben sich Selbstbedienungsmentalität sowie Missachtung von Demokratie und Rechtsstaat deutlich verfestigt, nicht zuletzt weil im Windschatten der Flüchtlingskrise quasi im Ausnahmezustand entschieden wird. Frankreich hat nach den schlimmen Anschlägen per Notstand die Demokratie außer Kraft gesetzt. Um sie zu schützen? Ungarn und Polen wählten bereits antidemokratische Regierungen nach den Vorbildern von Putin oder Erdogan.

Auch in Mülheim hat die Verwaltung sich weitgehend verselbständigt, der Rat ist verkommen zu einem Abnickerverein auf intellektuell meist beschämendem Niveau und die lokalen Medien sind oft sehr auf Gesundbetelei und Weichspülen aus, nicht nur beim Flüchtlingsthema.

NRW-Demokratie in schwerer Krise? Vorreiter Köln und Mülheim?

Die gerichtlich erzwungene Nachzählung nur weniger Stimmzettel in Köln-Rodenkirchen hat nicht nur die Ratsmehrheiten in der Millionenstadt Köln geändert. Es offenbarte auch einen sehr ernsten Tiefschlag gegen die Demokratie, weil das falsche Ergebnis von Anfang an offensichtlich war, dass es nur noch schwer zu glauben ist, dass auch in Deutschland Wahlen nicht gefälscht würden. Doch nicht genug damit: Eigentlich fanden in NRW am 13. Sept. OB-Wahlen statt, nicht jedoch in Köln. Dort waren manipulative Stimmzettel verschickt worden. Da rund 55 000 bereits ihre Briefwahlstimme bereits abgegeben hatten, wurde die Wahl auf den 18. Okt. verschoben, wo sich dann die parteilose Henriette Reker durchsetzte, auf die am Tag davor auch noch ein Attentat verübt wurde. Letzteres führte dazu, dass die Riesenskandale davor von fast allen Medien nicht mehr erwähnt wurden.

Auch in der Heimatstadt der Ministerpräsidentin gab es massive Wahlunstimmigkeiten bei der Kommunalwahl, doch außer den MBI wollte keine/r eine Nachzählung, auch die WAZ-Medien nicht. In Köln wie in Mülheim ist der große Vertrauensverlust der Wähler/innen irgendwie nicht diskutabel.

Abgang von "Sonnenkönigin" Mühlenfeld, alias Basta-Daggi

300 Gäste verabschiedeten Dagmar Mühlenfeld aus ihrem Amt als OB mit Lobeshymnen und Ovationen! Dazu erschien in kurzer Zeit bereits der dritte ganzseitige Jubelartikel in jeder der WAZ-Medien auf eine OB, die Problembelge erzeugt hat, die kaum noch lösbar sind.

Die CDU-FDP-Landesregierung setzte 2007 durch, OB- und Kommunalwahlen getrennt durchzuführen durch Amtszeitverlängerung für OBs. Die damalige Oppositionsführerin Kraft wetterte dagegen, damit würden aus OB's "Sonnenkönige". Parteikollegin Mühlenfeld aber begrüßte die Stärkung ihrer Stellung ausdrücklich. Die neue NRW-Ministerpräsidentin Kraft ließ 2013 beschließen, Kommunal- und OB-Wahlen in NRW wieder gleichzeitig stattfinden zu lassen. Für die Wahl 2014 wurde den OB's die Möglichkeit gegeben, auf 1 Amtsjahr zu verzichten, um das bereits 2014 zu ermöglichen und nicht erst 2020. Viele SPD-OB's folgten dem wie in Dortmund, Gelsenkirchen usw..

SPD-Parteifreundin Daggi aus der Heimatstadt von Frau Kraft aber war die allererste, die das kategorisch ablehnte. So kam es, wie es kommen musste. Dem schlappen Kommunalwahlkampf folgte 1 Jahr später ein hohler OB-Wahlkampf. Zu allem Überflus hatte Daggi sich im Frühjahr – selbst für ihre lokale SPD aus heiterem Himmel – entschieden, nicht mehr zu kandidieren, warum auch immer.



Unabhängig davon hat Frau nun ex-OB Mühlenfeld der Stadt ein sehr schwieriges Erbe hinterlassen: Katastrophale Haushaltslage, sogar bilanziell überschuldet, zu große Abhängigkeit vom abstürzenden RWE-Konzern und ein hoher Privatisierungsgrad der Daseinsvorsorge, so dass das ÖPNV-Desaster, die Innenstadt-Krise, die vermurkste Verkehrsführung und, und, und kaum noch ohne große Brüche angegangen werden können. Vor allem aber hinterläßt die Ära Mühlenfeld eine weitere Aushöhlung der lokalen Demokratie. Schwindsüchtige Wahlbeteiligung u.a. zum Jugendstadtrat (8%), zum Integrationsrat (12%), zur OB-Wahl mit 35% und die weitgehend verselbständigte Verwaltung sind besorgniserregend. Immer wieder haben die MBI gefordert, dass Frau Mühlenfeld ihren höchst lukrativen Sitz im RWE-Aufsichtsrat abgeben müsse, weil sie nach dem Ausscheiden als OB die Stadt nicht mehr vertreten kann und sollte. Doch Fehlanzeige und auch den lokalen Medien war das bis heute keine Silbe wert!

Schikane, Diskriminierung, Verleumdung, Strafverfolgung von MBI-Aktiven

Ihren Hauptfeind in all den Jahren sah Frau Mühlenfeld in den MBI, die nicht nur ihr Ruhrbania oder ihre VHS-Pläne störten, sondern sich zu sehr um Transparenz und Bürgerbeteiligung bemühten. Etliche Strafanzeigen brachten der nun ex-OB zwar gerichtlich schwere Schlappen bei, doch bis zur letzten Amtsminute blieb sie ihrer Kriegslaune gegen die MBI treu, wie die Ausladung des MBI-Sprechers zu ihrer Abschiedszeremonie zeigte. Doch die ex-OB stand und steht nicht alleine bei ihrem Kleinkrieg gegen die MBI.

Im Zusammenhang mit der versuchten Vermarktung des VHS-Geländes für eine Sparkassenakademie gab es 2014 wüste Beschimpfungen gegen die MBI und vor allem deren Sprecher L. Reinhard, mal von Dezerent Ernst, dann von den Grünen und schließlich von SPD-Chef Wiechering, der in der NRZ gar die Rote Karte für den MBI-Sprecher forderte. Vor allem die NRZ blies immer wieder mit bösen Hetzartikeln ins gleiche Horn. Doch stellt die VHS-Saga nur eine von vielen Schikanen, Diskriminierungen und Strafverfolgungsversuchen dar, mit denen die MBI seit Jahren malträtiert werden, weil eine konsequente Opposition in der Mölmschen Demokratie unerwünscht ist. Der Yassine-Kauf, der unsägliche Karikaturenstreit und viele weitere Strafanzeigen sind nur einige Beispiele. In 2014 ging es dann u.a. um das beschämend niveaulose Strafverfahren gegen die MBI-Ratsfrau A. Klöveborn.

Als die MBI im Nov. 15 die Ansiedlung eines Flüchtlingsdorfs auf dem Schulhof der laufenden Grundschule Blötterweg kritisierten, wurde dies in einem bösartigen WAZ/NRZ-Artikel als Brandstiftertum diffamiert, was angesichts zunehmender Gewalt gegen Asylunterkünfte einer bedenklichen Kriminalisierung gleichkommt, was aber von den WAZ-Medien nie korrigiert wurde. Weil die Flüchtlingsdebatte generell die Bevölkerung extrem spaltet und polarisiert, ist auch das, ähnlich der zugehörigen Ratssitzung, ein typischer Beleg dafür, dass mit fast Brachialgewalt die Meinungsvielfalt und eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem Flüchtlings-thema verhindert werden soll. Es ist der angeschlagenen Demokratie aber alles andere als förderlich, wenn ganze Teile der Bevölkerung der Überzeugung sind, ihre Meinung nicht mehr öffentlich sagen zu dürfen.

Im Windschatten der kaum zu bewältigenden Flüchtlingskrise wurden ohnehin Notstandsrecht und quasi-Ermächtigungsgesetze auf breiter Front eingeführt, nicht nur in Deutschland. Auch die EU schert sich trotz ihrer Existenzkrise nur herzlich wenig um die EU-Bürger, z.B. zu

Stop TTIP und CETA! Auch um der Demokratie Willen!

Seit zwei Jahren wird gegen die geplanten Handelsabkommen der EU mit Kanada und den USA gekämpft, auch von den MBI! Mit dem „Stop TTIP“-Bündnis wurden europaweit sagenhafte 3.284.289 Unterschriften gegen TTIP und CETA gesammelt. Die bisher größte EU-Bürgerinitiative! Dann die Großdemo in Berlin: 250.000 Menschen sind am 10. Oktober gegen TTIP und CETA auf die Straße gegangen, so viele



wie sehr lange nicht. **Die Demokratie verteidigen gegen die Übermacht von Lobbyisten und Großkonzernen** – dieses Ziel wird und muss auch in 2016 ganz oben stehen, trotz Terror und Flüchtlingskrise. Die Handelsabkommen sind nämlich noch immer nicht gestoppt und leider in der öffentlichen Diskussion etwas aus dem Fokus geraten! **Das muss sich wieder ändern, ob es der EU oder den nationalen Herrschenden passt oder nicht!**



Mülheim 2016: Weitermachen wie gehabt wird nicht gehen!

Schwerwiegende Probleme haben sich aufgetürmt in Mülheim/Ruhr: Eine Innenstadtkrise, schlimmer als selbst in allen anderen Ruhrgebietsstädten, auch als Folge von Ruhrbania, ebenso die missratene Verkehrsführung, dazu ein perspektivloses ÖPNV-Konzept trotz jahrelanger Dauerdiskussion inkl. inflationärer Gutachteritis, und über allem eine nahezu hoffnungslose Haushaltskatastrophe, nicht zuletzt auch durch die viel zu engen Bindungen an das abstürzende RWE, weitaus größer als bei allen anderen RWE-Städten. Doch bisher wollten die Mülheimer Verantwortlichen sich durch nichts von ihrem Kurs in die Sackgasse abbringen lassen. Gesundheitsbetriebe, immer neue Projekte, immer neue Baustellen als Flucht nach vorne trotz der vielen Scherbenhaufen. **Da kam die Flüchtlingskrise seit Sept. gerade recht als willkommenes Ablenkungsmanöver und eine Art Konjunkturprogramm auf Pump in der Erwartung vieler Millionen von Land und Bund.**

Zwar versuchen Politik und WAZ-Konzern vorzugaukeln, dass „Weitermachen wie gehabt“ noch funktionieren könne. Doch das wird aus vielerlei Gründen bereits 2016 nicht mehr gehen! Im folgenden nur einige der Mammutaufgaben die nicht mehr wirklich aufgeschoben werden können, ohne große Einbrüche zu riskieren:

1.) Die extreme RWE-Abhängigkeit muss zumindest verringert werden!

Die schwere Krise des RWE trifft Mülheim gleich mehrfach: Niedrige oder keine Dividende für die RWE-Aktien gefährden die gesamten Nebenhaushalte der BHM sowie die Stiftungen, hauptsächlich die Stinnes-Stiftung, die an vielen Stellen und bei etlichen Projekten Aufgaben der Stadt übernommen hat. Letztendlich wird der überschuldete Kernhaushalt diese Millionenlöcher ausgleichen müssen. 2011 gab es 3,50 € pro Aktie, 2014 nur noch 1 € und demnächst noch weniger oder nichts mehr!

Die RWE-Aktien sind das mit Abstand größte Vermögen der Stadt, das mobilisierbar wäre. Als sie noch Wert hatten, weigerte sich unsere Stadt, anders als z.B. Gelsenkirchen, zu verkaufen. Dann weigerte sie sich, weil der Kurs so niedrig ist. Genau deshalb ist die Stadt auch bilanziell überschuldet, weil bei der nun vorgeschriebenen Berücksichtigung des realen Kurses, und nicht des Höchstwertes aus 2007, die Bilanz der Stadt mit einem Federstrich um 468 Mio. € ärmer war. **Doch das krampfhaftes Festhalten an den RWE-Aktien wird sich 2016 notgedrungen ändern**, denn zum einen wird die baldige Aufspaltung des RWE die Stadt dazu veranlassen und zum zweiten läuft 2016 der medl-Vertrag aus. Zwar wird die Stadt wohl kein Geld haben, um die RWE-Anteile zu erwerben, doch muss sie auch ohne das mind. 40 Mio. an das RWE zahlen, weil Schwarz-Grün bei der medl-Gründung SWB-Anteile „bargeldlos“ eingelegt hatte, die nun ausgezahlt werden müssen. Diesen damaligen schweren Fehltritt der Grünen kann die bankrotte Stadt heute außer mit dem Verkauf oder Tausch von RWE-Aktien wohl nicht finanzieren!

2.) Selbstbedienungsmentalität und Misswirtschaft in Serie müssen eingedämmt werden!

Die Liste zu Misswirtschaft, Verschwendung und Selbstbedienung in Mülheim des letzten Jahrzehnts ist nahezu endlos von MEG, insbesondere der Vergärungsanlage, JSG, Feuerwache, Ruhrstadion, teurer Sanierung des Restrathauses mit versteckter Rotunde als Denkmal-Neubau(!), dem schiffslosen Hafenbecken, dem zerstörten Brückenkopf Nordbrücke, dem in kurzer Zeit mehrfach gebaute Linksabbieger von der Friedrichstr. zur Schlossbrücke und, und, und ... bis hin zu Fehlspekulationen und Millionenverlusten durch swaps und Währungswetten, dem bis heute nebulösen „Korruptionsnetzwerk“ um Geschäftsführer Rinas, wobei Fehlverhalten und Millionenverluste der Alteneinrichtungen durch seinen Vorgänger Mühlensbeck ebenso immer noch unaufgeklärt sind. Die skandalös üppigen Geschäftsführergehälter städtischer Gesellschaften sind ohnehin in Mülheim anscheinend Tabu-Themen uswuf.



3.) Die Dreistigkeit mit dem erneuten Versuch der VHS-Vermarktung muss abgewehrt werden!

Bereits der Versuch, die intakte und beliebte VHS der Sparkassenakademie zu opfern, war hochgradig abenteuerlich, weil u.a. keine Alternative für die Pflichtaufgabe VHS in Sicht war, von dem unzumutbaren Umgang mit den VHS-Beschäftigten und Nutzern ganz abgesehen. Der trotz zwischenzeitlich erfolgtem Denkmalschutz gestartete neue Versuch, das attraktive VHS-Gelände vermarktungsfähig zu bekommen, ist ein Schlag ins Gesicht der Bevölkerung, weshalb notfalls ein Bürgerentscheid das korrigieren muss!

4.) Das erbärmliche Gehampel um die ÖPNV-Zukunft wird 2016 kaum noch wiederholbar sein!

5.) „Natürlich“ muss auch in Mülheim die Flüchtlingsdebatte auf den Boden der Realitäten zurückkehren und auch die Alteingesessenen und vorher Zugewanderten mit einbeziehen.

Einlegeblatt doppelseitig

**M ü l h e i m e r
B ü r g e r -
I n i t i a t i v e n** ●

**F r a k t i o n i n R a t u n d
B e z i r k s v e r t r e t u n g e n
d e r S t a d t M ü l h e i m a . d . R u h r**
Fraktionsbüro: Kohlenkamp 1
45468 Mülheim / Ruhr
Telefon: 0208-3899810
Telefax: 0208-3899811

M B I

e - m a i l : f r a k t i o n @ m b i - m h . d e

<http://www.mbi-mh.de>

„Denk ich an Deutschland in der Nacht, bin ich um den Schlaf gebracht“ - H. Heine-Zitat brandaktuell oder Schwarzmalerei?

In vielen Ländern der Erde herrschen geradezu apokalyptische Zustände, ob Syrien, Irak, Lybien, Jemen, Haiti, Nordnigeria, Somalia, Südsudan, Afghanistan, Pakistan, Mali, der zentralafri. Republik u.v.m... Das bedroht zunehmend auch die fragile Weltwirtschaft, die in der Folge auch durch riesige Flüchtlingsströme biblischen Ausmaßes belastet wird. Hinzu kommt die nicht mehr zu leugnende Klimaveränderung auf allen Kontinenten mit immer häufigeren schwersten Wirbelstürmen, verheerenden Unwettern und zunehmenden Starkregen auch in Mitteleuropa. Dem global weiterhin exponentiellen Bevölkerungswachstum steht eine noch schnellere Überausbeutung der Ressourcen gegenüber, ob Überfischung der Meere, wachsende Wüsten, Erschöpfung oder Verschmutzung vieler Wasserreserven, das Schmelzen der Gletscher und Polarkappen uswusf.. Viele internationale Konferenzen dazu blieben aber bisher meist folgenlos.



Kurzum: Die Weltlage hat sich in 2015 in rasantem Tempo weiter dramatisiert, die Menetekel am Himmel sind bereits übergroß, mit Völkerwanderungen immer größeren Ausmaßes als Folge.

Für viele Menschen nicht nur aus den o.g.



Krisenländern gilt die EU und besonders Deutschland als das gelobte Land

oder gar Schlaraffia, ähnlich der Auswanderungswellen im 19. Jahrhundert nach Amerika. Bei etwas genauerm Hinschauen sieht man aber bereits, dass dies aus vielerlei Gründen anders sein wird.

Beispiel Deutschland

Der 3. Oktober ist Feiertag der deutschen Einheit, nun bereits 26 Jahre nach dem Mauerfall und 25 Jahre nach dem Anschluss der „Neu-Fünf-Länder“. Finanziert wurde das u.a. über den sog. „Soli Aufbau Ost“. Wenn heute hoffnungslos verschuldete Weststädte etwa aus dem Ruhrgebiet weiter zahlen müssen für Städte wie Dresden, Wismar, Weimar usw., so ist das längst anachronistisch! Doch egal, denn der Soli als Abgabe sollte nach einigen Jahren eigentlich wieder abgeschafft werden. Davon redet heute keine/r mehr. Dafür aber tauchen die ersten Vorschläge auf, den Soli als „Flüchtlingsoli“ weiter zu kassieren. Andere wollen für die Bewältigung der Flüchtlingskrise die Mehrwertsteuer erhöhen und den Soli beibehalten für die bankrotten Weststädte.

Unabhängig davon ist Deutschland nach 25 Jahren Einheit ganz anders geteilt als in Ost und West: Nämlich in etliche „Parallelgesellschaften“ wie Arm und Reich oder/und Bürokraten und Bürger oder/und wenige Superinformierte und ganz viele Desinformierte oder/und Duckmäuser und Demokraten mit Rückgrat (unabhängig von der Couleur) oder/und Jung und Alt oder/und, ganz zu schweigen von den unterschiedlichen vielfachen Migrantenkulturen, die oft noch in sich geteilt sind.

Und dann kam zu allem Überfluss auch noch die sog. Flüchtlingskrise als Teil einer Völkerwanderung nicht zuletzt nach Deutschland

Merkels eigenmächtige Ankündigung „Dem Asylrecht sind nach oben keine Grenzen gesetzt“ an einem Septembertag hat die auch vorher bereits angeschwellenen Wanderungen nach Europa deutlich verstärkt, die Länder der Zwischenstationen in Chaos versetzt und bei den hunderttausenden Zuwanderern große Erwartungen geweckt, die nicht erfüllt werden können, da Integration eine schwierige und langwierige Angelegenheit ist.

Realitätsverlust oder Missbrauch der Flüchtlinge für Profitinteressen?

Die Ängste auch vieler Westdeutschen vor Überfremdung, Vernachlässigung und Bedrohung sind weder aus der Luft gegriffen, noch unrealistisch oder ausländerfeindlich, wie Politiker, Medien und andere Meinungsmacher es immer und immer wieder verkünden. Inzwischen hat sich sogar in größerem Maße der Eindruck verfestigt, man dürfe zur Zuwanderungsfrage seine Meinung nicht mehr frei äußern. In der Folge florieren Gerüchteküchen und die Töne werden schärfer, wo man auch hinhört. Die künstlich erzeugte Aufteilung in entweder Gutmenschen oder Rechtsradikale funktioniert immer weniger. „Mutter Theresa“ Merkel ist in der Beliebtheitsskala in kurzer Zeit regelrecht abgestürzt. Wohin das führen kann, zeigte sich u.a. in Polen und selbst in Österreich, nach zuvor bereits Frankreich, Finnland oder Dänemark.



Auch die weiterhin ungelöste Eurokrise, die bedrohlich gewordene Identitätskrise der gesamten EU und zu allem Überfluß die beginnende Krise der deutschen Auto- und Stahlindustrie als wichtigen Wirtschaftszweigen stimmen die Bevölkerung nicht optimistischer. Die Verteilungskämpfe zwischen den diversen „parallelen“ Gesellschaftsteilen haben bereits spürbar zugenommen, auf breiter Front. Wie die Lenker in Berlin das riesige Zuwanderungsproblem wieder in den Griff bekommen wollen oder können, ist unklar. Inzwischen ist bereits nur aus dem quantitativen Problem eine völlig neue Qualität erwachsen.

Viele Kommunen sind längst überfordert. Auch die große Hilfsbereitschaft vielerorts stößt langsam alleine schon wegen der bloßen Quantität der Flüchtlinge an ihre Grenzen. Die nach Merkels „Wirschaffen das“ zuerst eher positive Stimmung in der Bevölkerung ist gekippt. Die Medien schaffen es kaum noch, kritische Stimmen in die rechte Ecke zu stellen oder als Phänomen nur der ex-DDR hinzustellen und dies als „Dunkel-Deutschland“ o.ä. zu diffamieren.

Auch die weiterhin ungelöste Eurokrise, die bedrohlich gewordene Identitätskrise der gesamten EU und zu allem Überfluß die beginnende Krise der deutschen Auto- und Stahlindustrie als wichtigen Wirtschaftszweigen stimmen die Bevölkerung nicht optimistischer. Die Verteilungskämpfe zwischen den diversen „parallelen“ Gesellschaftsteilen haben bereits spürbar zugenommen, auf breiter Front. Wie die Lenker in Berlin das riesige Zuwanderungsproblem wieder in den Griff bekommen wollen oder können, ist unklar. Inzwischen ist bereits nur aus dem quantitativen Problem eine völlig neue Qualität erwachsen.

Flüchtlinge Mittel zum Zweck u.a. für Bauen in Freiflächen?

Auch in der Flüchtlingsproblematik gilt das alte Sprichwort „Gelegenheit macht Diebe“. Und das umso mehr, je konsternierter und sprachloser große Teile der Bevölkerung sind über das, was seit dem Sommer mit dem deutschen Alleingang gekommen ist. Ganze Teile der Kommunen und der Gesellschaft sind bereits überfordert, noch bevor die wirklichen Probleme auftreten werden. Solange diese Verunsicherung und Verwirrung anhält, so lange können bestimmte Menschen, Firmen, Verbände, Parteien oder Vereine unbehelligt Honig aus der Flüchtlingskrise saugen, auch in Mülheim und nicht zuletzt Teile der Immobilienwirtschaft. Inwieweit die Stadtverwaltung, die sich quasi im Notstandsrecht fast völlig verselbständigen konnte, mit den Immobilienhändlern Hand in Hand arbeitet, ist nicht nachzuweisen, weil die Verwaltung wegen der Sachzwänge angeblich nur noch kurzfristig alles entscheiden muss. Der **bedenkliche Standort für ein Flüchtlingsdorf am Schlippenweg** im Außenbereich am Naturschutzgebiet war z.B. einfach nicht thematisierbar. Die Medien erwähnten nicht einmal, dass die MBI diesen Standort ablehnten, geschweige denn warum. Ebenso wenig, dass die Förderschule sich eindeutig gegen das Flüchtlingsdorf auf dem Acker hinter der Schule ausgesprochen hatte. Bei dem **unverträglichen Standort eines Flüchtlingsdorfes auf dem Schulhof der laufenden Grundschule** am Blötterweg ging es auch darum, dort auf Dauer hochwertiges Wohnen zu ermöglichen. Auch das war in den Medien kein Thema. Umgekehrt war u.a. der Vorschlag ebenfalls angeblich indiskutabel, den Sportplatz des RSV Heißen, der ab Jan. nicht mehr genutzt wird, für ein Flüchtlingsdorf zu nutzen, eigentlich ein optimaler Standort, wie es besser kaum geht. Doch dahinter wohnt halt die ex-OB

Ähnlich wurden viele andere Alternativvorschläge für Flüchtlingsunterkünfte an weniger konfliktträchtigen Standorten lapidar abgetan, ob leerstehende Gewerbeimmobilien, die es zu Hauf im Stadtgebiet gibt, oder die Umnutzung der provisorischen Containerhochschule auf dem Mannesmann-Gelände, welche bis 1. März ja in die Neubauten an der Duisburger Straße umgezogen sein soll. Doch das Land will, dass die bezugsfähigen Container abgebaut werden, warum auch immer! Uswusf.....

Kurzum: Es wird höchste Zeit, die Herausforderungen der Flüchtlingskrise auf den Boden zu bekommen, auch um es den Profiteuren, die die Gunst der Stunde nutzen, zumindest ein wenig schwieriger zu machen. Von der dringend notwendigen Wiederbelebung der kommunalen Demokratie und des zugehörigen Grundrechts auf Meinungsfreiheit bzw. -vielfalt ganz zu schweigen.